

Guatemala: Zunehmende Gewalt als Herausforderung für die Demokratie

550 Todesopfer allein im Januar stellen die Demokratie vor eine schwierige Herausforderung

Am Sonntag, dem 12. Februar, starb Mario Salic in Zone 21, Guatemala-Stadt. Er hatte sich widersetzt, als man ihm sein Mobiltelefon raubte, und wurde ermordet. Mit Mario Salic starben an jenem Sonntag weitere 13 Menschen durch Gewalt. Meldungen dieser Art sind eine feste Kolumne in den Medien Guatemalas.

550 Gewaltopfer, so ein Zeitungsbericht, forderte bereits der Januar, der damit selbst den November des Vorjahres übertraf. Mit 516 Toten war er der schwärzeste Monat des Jahres 2005. Das Risiko, in Guatemala als Opfer einer Gewalttat zu sterben, ist in den vergangenen Monaten massiv gestiegen. Seit 2001, so Pressemeldungen, sind tödliche Gewalttaten um 60 Prozent angestiegen.

Damit ist Guatemala auf dem besten Weg, im mittelamerikanischen Bedrohungs-Ranking „aufzusteigen“. Nach einer Erhebung des *Instituto Centroamericano de Estudios Políticos* (Mittelamerikanisches Institut für Politische Studien, INCEP) starben 2005 in Guatemala 5338 Menschen als Folge der Gewalt. In Honduras waren es 2772, in El Salvador 3781, in Nicaragua 709 und in Costa Rica 307.¹ Auf die Bevölkerungszahl umgerechnet, starben von je 100.000 Einwohnern in Guatemala entsprechend 37 Menschen einen gewaltsamen Tod, in Honduras 40, in Nikaragua 13 und in Costa Rica 8. An der Spitze der Bilanz liegt mit beunruhigendem Vorsprung El Salvador mit 56 Toten je 100.000 Einwohnern. Noch liegt Guatemala in dieser Statistik auf Rang drei, doch mit den aktuellen Ziffern ist das nördlichste Land Zentralamerikas dabei, Honduras zu überholen, um sich auf Platz zwei zu setzen.² „In Guatemala,“ so betont José Dávila, Direktor des INCEP, „sterben heute mehr Menschen als zu Zeiten des Bürgerkrieges – soviel wie nie zuvor!“

Gewalt prägt den Alltag

Die Gewalt prägt zunehmend Guatemalas Alltag. Individuen werden in öffentlichen Stadtbusen überfallen und vor den Augen der übrigen Passagiere erschossen. Drogenbanden liefern sich auf offener Straße Feuergefechte mit schweren Sturmgewehren. Eine Familie wird in ihrem Wagen „versehentlich“ massakriert. Mittlerweile mehren sich Berichte auch in weniger problematischen Vierteln von bewaffneten Überfällen auf Passanten, Privathäuser oder Autos. Außerhalb von Guatemala-Stadt sind praktisch nur die Hauptverkehrsrouen weitgehend sicher. Vor Fahrten nach Einbruch der Dunkelheit wird generell gewarnt. Die bereits existierenden, geschlossenen Wohnviertel der bessergestellten Schichten verwandeln sich – wenn nicht bereits geschehen – in kameraüberwachte Hochsicherheitstrakte, das Wachpersonal mit dem Gewehr im Anschlag. Wer sich diesen Luxus nicht leisten kann, versucht mit besseren Schlössern, Gittern oder einer Stahltür das eigene Heim zu sichern.

Aufgrund des vergleichsweise leichten Zugangs zu Feuerwaffen – ein Waffenschein ist für den Besitz und das Aufbewahren auf Privatgelände nicht erforderlich – finden sich in vielen Haushalten Pistolen und Gewehre. Die Schwelle, eine Waffe einzusetzen ist entsprechend niedrig. So gibt es immer wieder Berichte, nach denen selbst verärgerte

¹ INCEP: Geopolítica de América y Perspectivas de Centroamérica; Internet: <http://www.incep.org/images/content/geopolitica.pdf>.

² Bevölkerungsdaten (gerundet) entnommen aus: <http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/index.html>, eigene Berechnungen

Autofahrer bei Verkehrszwistigkeiten einen Revolver zücken, um ihren Drohungen Nachdruck zu verleihen.

Die Gewaltzahlen haben mittlerweile auch den Staatsanwalt für Menschenrechte, Sergio Morales, auf den Plan gerufen, der von der Regierung Erklärungen für die Morde und die mangelnde Aufklärung fordert. Hintergrund ist, dass zunehmend tätowierte Opfer mit Schusswunden und Würgmalen aufgefunden werden, die an Händen und Füßen gefesselt sind. Diese „Details“ – Tätowierungen sind Erkennungszeichen der „maras“ (Jugendbanden insbesondere in Guatemala, Honduras und El Salvador) sowie offenbar geplante, methodische Tötungen - weisen darauf hin, dass es sich um Opfer von selbsternannten „Sozialen Säuberungen“ (*limpieza social*) handelt.

Das Phänomen ist keineswegs auf die Hauptstadt beschränkt, fast ganz Guatemala ist betroffen. Bereits vor wenigen Wochen wurden in Sololá, dem Departement, in dem der Atitlán-See liegt, mehrere mutmaßliche Angehörige eines selbsternannten, bewaffneten „Reinigungstrupps“ festgenommen. Sie hatten an der einzigen befestigten Zufahrtsstraße nach Santiago Atitlán eine Straßensperre eingerichtet, um von jedem Vorbeifahrenden zehn Quetzal (gut einen Euro) als „Gebühr“ zu verlangen. Nach wie vor gibt es aber Meldungen, eine weitere Gruppe von rund 15 Personen sei in Sololá aktiv.

Aus NRO-Kreisen verlautet, dass allein in diesem Jahr bereits 98 Menschen Opfer dieser *limpieza social* geworden sind. Innenminister Carlos Vielmann hat mittlerweile Verdächtigungen zurückgewiesen, die Regierung nehme aktiv an diesen Säuberungen teil. Innenministerium und Menschenrechtsstaatsanwaltschaft vereinbarten jedoch, mögliche Verbindungen zwischen Sicherheitskräften und den Morden zu untersuchen.

Trendwende nicht absehbar

Ratlosigkeit herrscht, wie der Gewalt in Guatemala Einhalt geboten werden kann. Teile der generell schlecht bezahlten Polizei gelten als korrupt – trotz einer Kampagne, in deren Folge viele bestechliche Polizisten entlassen wurden, die nun eine neue „Beschäftigung“ suchen. Auch das Militär kann kaum sichtbare Erfolge verbuchen. Justiz und Ermittlungsorgane sind überfordert, aus Angst vor Repressalien der Täter und ihrer Banden wagen es viele Opfer nicht, mit den Ermittlungsbehörden zusammenzuarbeiten.

Das Thema Gewalt und ihre Ursachen sind in diesen Tagen die sicherlich stärkste Herausforderung für die Demokratie, die sich mühsam um die Stärkung ihrer Institutionen bemüht. Die Wurzeln des Phänomens liegen sicherlich in Armut, Korruption und dem organisierten Verbrechen. Politische Beobachter vermuten einen klaren Zusammenhang: Solange sich die Regierung gegen Korruption und Verbrechen engagiere, werde die Gewalt gezielt angeheizt, um diese zu destabilisieren. Zumindest bis zu den Wahlen, die voraussichtlich im September 2007 stattfinden, wäre dann eine Trendwende kaum wahrscheinlich.

Erste Schritte, die die Regierung gehen müsste, formulierte zuletzt der Menschenrechtskommissar der UN in Guatemala, Anders Kompass: „Es ist notwendig, größere Anstrengungen zur Verringerung von Armut, Ausgrenzung und Diskriminierung zu unternehmen“. Dazu müsse das allgemeine Steueraufkommen schrittweise von zurzeit 10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes auf das mittelamerikanische Durchschnittsmaß von 16 Prozent angehoben werden. Nur durch höhere Steuern könnten die Sicherheitsorgane auch ausreichende Finanzierung unterhalten. Mit weniger als 1,6 Polizisten pro 1000 Einwohnern, so ein Bericht der UN,

liege die Polizeidichte weit unter internationalen Standards. Eine Steuererhöhung hat jedoch der aus dem Unternehmertum stammende Präsident Oscar Berger unlängst abgelehnt.

Dr. Stefan Hofmann
Guatemala-Stadt, 14. Februar 2006